



Stadtgrün ist systemrelevant

Grüne Infrastruktur in Konjunkturprogrammen berücksichtigen

Die wochenlangen Kontakt- und Ausgangsbeschränkungen in Folge der Corona-Pandemie haben die zentrale Bedeutung gut erreichbarer, zugänglicher und nutzbarer öffentlicher Grünflächen und Freiräume nachdrücklich belegt. Die Menschen im Land Bremen haben mit ihrem Nutzungsverhalten sehr deutlich gezeigt, was die Menschen in diesen Krisenzeiten schätzen und was Teil der Lebensqualität ist, die ihre Stadt in besonderer Weise bietet: Freiräume, Grünverbindungen, Gärten und Kleingärten, Straßen mit weniger Autoverkehr werden zum Spaziergehen genutzt, viel mehr Radfahrer*innen sind unterwegs, Menschen gehen zu Fuß für Bewegung und Freiheitsgefühl; denn gerade Bewegung und Begegnungen sind für das menschliche Wohlbefinden von zentraler Bedeutung.

Grün und Natur in der Stadt stehen aktuell bei der Bevölkerung deutschlandweit hoch im Kurs: laut einer aktuellen Forsa-Umfrage ist die Bedeutung und die Wertschätzung von Bewegung und Sport im Freien und die Nutzung von Grünanlagen, Parks und Kleingärten erheblich gestiegen ([DBU-Umweltmonitor 2020](#)).

Das gilt besonders auch für Bremen: In manchen Grünanlagen wurden die Auslastungsgrenzen, die durch die geltenden Abstandsregeln ohnehin niedrig sind, deutlich überschritten. Die von Google im „[COVID-19 Community Mobility Report](#)“ veröffentlichten Bewegungs-Daten bestätigen diese Erkenntnisse. In Bremen wurde im April im Vergleich eine Zunahme von 76 Prozent der Aufenthaltsdauer in Parks und Grünanlagen festgestellt.

Das Vorhandensein einer Umwelt, die Raum für das ganz individuelle Erhalten der eigenen Vitalität bietet, ist systemrelevant für eine Stadtgesellschaft – das wird gerade auch in der Corona-Krise deutlich. Stadtgrün als Puffer in Krisenzeiten lässt sich auf zwei Kernfaktoren zurückführen: Fläche je Einwohner*in und Qualität. Insbesondere für Menschen, die keinen eigenen Garten haben, sind es vor allem die öffentlichen Grünanlagen und Parks, die den notwendigen Ausgleich bringen. Dort ist es möglich, sich auf Abstand gut verteilt zu bewegen, Natur zu erleben und zumindest auf Zeit der Enge der Wohnung zu entfliehen.

Bedeutung von Stadtgrün für die Gesundheit der Menschen

Die Corona-Krise wird sich auch längerfristig auf die Städte auswirken. Grüne und blaue sowie soziale Infrastrukturen werden noch mehr an Bedeutung für die Stadtgesellschaft gewinnen. Denn die räumliche Situation in der Nachbarschaft, im Quartier und im Stadtteil, aber auch in der Gesamtstadt sind bestimmende Faktoren für die Gesundheit der Bevölkerung. Auch die Wahrnehmung von Stadtgrün als Stadtnatur ist in den letzten Jahren gestiegen, nicht zuletzt im Zusammenhang mit dem Klimawandel. Stadtgrün trägt unmittelbar zum Klimakomfort der Stadtbevölkerung und damit zu ihrer Gesundheit bei. Bäume, vor allem solche, die über Jahrzehnte herangewachsen sind, reduzieren mit ihren großen Kronen gerade in verdichteten städtischen Gebieten die Hitzeeinstrahlung, verringern die Aufheizeffekte und steigern die Luftfeuchtigkeit. Sie sind essentiell für das Mikroklima und damit die Durchlüftung der Stadträume, die Kühlung an den häufiger werdenden Hitzetagen und tragen so zur Gesundheit aller Bevölkerungsgruppen bei. Dies gilt in besonderem Maße für ältere Menschen als durch die Corona-Pandemie besonders betroffene Risikogruppe.

Natur und Stadtgrün steigern das allgemeine mentale und physische Wohlbefinden der Menschen. Studien belegen, dass das Natur- und Landschaftserleben eine stressreduzierende, blutdrucksenkende konzentrationssteigernde Wirkung haben kann. Umweltpsychologische Studien zeigen ebenfalls den Stressabbau für die Menschen in naturnahen Räumen. Der Grünraumanteil in der Wohnumgebung hat sogar positive Auswirkungen auf das Geburtsgewicht von Neugeborenen. Ebenso hat der Blick auf Grün positive Effekte auf die Gesundung von Menschen im Krankenhaus. Und nicht zuletzt motiviert urbanes Grün zur körperlichen Aktivität und trägt damit zur Gesundheitsprävention bei, indem sie Menschen zur körperlichen Bewegung anregen. Dass dies auch mit sozialen Kontakten verbunden ist, die einen entscheidenden Beitrag zum sozialen Wohlbefinden darstellen, haben die letzten Wochen eindrucksvoll unterstrichen.

Insbesondere für ältere Menschen ist eine Aufenthaltsmöglichkeit im Freien wichtig, im Schatten, barrierefrei, mit der Möglichkeit auch auf Bänken pausieren zu können. Damit rücken durchaus auch kleine Grünflächen in dicht besiedelten Stadtquartieren oder das Siedlungsgrün ganz besonders in den Fokus.

Nach Corona: Gesundheitsschützende und –fördernde Funktionen von Stadtgrün sichern und weiterentwickeln

Grünflächen sollten schnell und sicher erreichbar sein (am besten mit einem Fußweg, der nicht länger als 5 Minuten ist), gut räumlich verteilt und vernetzt im Stadtraum liegen, um Wegealternativen darzustellen und Wegekopplungen zu unterstützen.

Dies gilt insbesondere für Eltern mit kleinen Kindern und sozial benachteiligte sowie ältere Menschen. Angsträume sollten vermieden und Freiräume multifunktional nutzbar ausgestattet werden, auch um den Nutzungsdruck auszubalancieren.

Die derzeitige Corona-Krise wird voraussichtlich eines Tages überwunden sein. Doch es ist davon auszugehen, dass diese angesichts unserer globalen Vernetzung nicht die letzte Pandemie sein wird. So werden wir nicht nur mit zunehmenden Umweltrisiken (Hitze, Starkregen, Stürme, Hochwasser) leben lernen müssen, sondern auch mit sich global ausbreitenden Krankheitserregern. Die Stadtstrukturen müssen deshalb zukünftig stärker auf Resilienz, also Anpassungsfähigkeit an diese Situationen angelegt sein und dafür ihre baulichen und freiräumlichen Strukturen – auch im städtebaulichen Bestand – weiterentwickeln und verändern. Wir brauchen gemischte städtebauliche Nutzungsstrukturen, aber auch redundante Infrastrukturen, die bei Engpässen oder Ausfall die Versorgung aufrechterhalten. Das verweist auf eine Stärkung dezentraler Angebote der Nah- und Gesundheitsversorgung genauso wie der Grün- und Freiraumstrukturen. Stadtgrün (und Stadtblau, also Wasser) ist als eine wichtige Infrastruktur zu sichern und weiter zu entwickeln. Dies steht oft im Konflikt mit planerischen Zielsetzungen einer tragfähigen städtebaulichen Dichte. Auf gesamtstädtischer Ebene und in den Stadtteilen und Quartieren sind Planungen jeweils genau zu prüfen, mit Datengrundlagen nicht nur des Städtebaus, sondern auch der Gesundheitsberichterstattung zu untermauern und dann gerecht abzuwägen. Die Ressorts, insbesondere Stadtplanung, Umwelt und Gesundheit, müssen ihre Ziele und Maßnahmen miteinander abstimmen, ihre Instrumente im Rahmen der gesetzlichen Vorgaben einsetzen und dies der Bevölkerung aktiv vermitteln. Angesichts der vielerorts aufflammenden Proteste gegen die Einschränkungen im Rahmen der Corona-Krise ist dies wichtiger denn je.

Grünausstattung in Bremen und Bremerhaven erhalten und ausbauen

Die Stadt Bremen verfügt über insgesamt 367 öffentliche Grünanlagen mit einer Gesamtfläche von 798 ha in kommunaler Verwaltung. Die Kleingartenanlagen/ Kleingartenparks haben eine Gesamtgröße von 960 ha inklusive des öffentlichen Rahmengrüns von 80 ha. Die insgesamt 13 kommunalen Friedhöfe umfassen 211 ha, unterteilt in 113 ha Belegungsfläche und 98 ha Rahmengrün. Hinzu kommen weitere 459 ha Parks und Grünanlagen außerhalb der kommunalen Verwaltung (zum Beispiel Bürgerpark, Rhododendronpark, Park links der Weser und andere). Weiterhin befinden sich viele siedlungsintegrierte Grünflächen im Eigentum von Wohnungsgesellschaften wie der Gewoba, die diese teilweise selbst pflegen. Auch verfügt Bremen über einen großen Bestand an Privatgärten. Schließlich tragen zum Stadtgrün die Straßen begleitenden Grünstrukturen und begrünte Funktionsräume

bei, z.B. das Oberflächengewässersystem in Pflege und Unterhaltung der Deichverbände. Alles zusammen bildet das städtische Grün. (Für Bremerhaven mit seinen beiden großen Parks und seinem Netz an Grünanlagen liegen den Autoren keine Zahlen vor.)

Bremen hat wie kaum eine zweite Stadt dieser Größe in Deutschland mit seiner im Vergleich guten Ausstattung mit öffentlich zugänglichen Grün- und Freiflächen ein Plus vorzuweisen, dessen Bedeutung als positiver Standortfaktor aktuell mehr als deutlich wird.

Die Reduktion der Fläche des Stadtgrüns und die Einschränkung seiner Qualität hätte negative Folgen für die Attraktivität und Wirtschaft Bremens und Bremerhavens. Zukünftig werden die Menschen bei der Auswahl ihres Wohn- und Arbeitsortes noch mehr auch die Umwelt- und damit Grünqualitäten als Kriterium heranziehen. Ziel muss es sein, diesen Standortvorteil zu erhalten und auszubauen.

Vorschläge zur Berücksichtigung von städtischem Grün in Bremen und Bremerhaven bei den bevorstehenden Konjunkturprogrammen des Bundes und des Landes zur Überwindung der Corona-Krise und ihrer mittel- bis langfristigen Folgen

1. Investitionen in Infrastruktur

Die Infrastruktur in Parks, Grünanlagen und Friedhöfen leidet unter einem erheblichen Sanierungsstau bei Wegen, Brücken und sonstigen Bauwerken, der sich über die Jahre auf mehr als 10 Mio. Euro aufsummiert hat (siehe Senatsantwort vom 3.3.20 auf die Kleine Anfrage der SPD-Bürgerschaftsfraktion „Sanierungsbedarf in Bremer Grünanlagen und auf Bremer Friedhöfen“).

Alleine bei übergeordneten Wegeverbindungen, die auch von Radfahrenden genutzt werden sowie im Fahrrad-Stadtplan Bremen als Haupt- oder ergänzende Radroute dargestellt sind, wurde ein Sanierungsbedarf im Einzelfall festgestellt und bereits eine Kostenannahme in Höhe von 3,9 Mio. Euro getroffen. Bei „einfachen“ Wegen in Grün- und Kleingartenanlagen, die vorrangig von Fußgängern genutzt werden, werden bei bereits ermitteltem Sanierungsbedarf Kosten in Höhe von 3,5 Mio. Euro kalkuliert. Der bekannte Sanierungsbedarf bei Friedhofsgebäuden wird mit 2,7 Mio. Euro angegeben. Für Brückenbauwerke in den Grünanlagen liegen noch keine Zahlen vor.

Im Rahmen der Konjunkturprogramme sollte der bekannte Sanierungsstau soweit wie möglich abgebaut werden. Darüber hinaus sollte der weitere Sanierungsbedarf im Wegenetz und die sich ergebenden Kosten innerhalb eines Jahres ermittelt und

planerisch aufgearbeitet werden. Weiteren Investitionsbedarf gibt es bei der Ertüchtigung bzw. beim Neubau der Standorte des Umweltbetriebs Bremen (UBB). Der städtische Grünbetrieb kann hier vorbildlich Photovoltaik mit Dachbegrünung verknüpfen und Demonstrationsobjekte für moderne Fassadenbegrünung an erstklassig gedämmten Wänden aufbauen. Denn das städtische Grün muss in besonderem Maße zur Klima-Resilienz beitragen. Die Gebäude des Grünbetriebs sollten hier Vorbildcharakter übernehmen und dadurch auch in den Betrieb und seine Ausbildungstätigkeit hineinwirken.

Der Investitionsbetrag in die Infrastruktur sollte ca. 15 Mio. Euro umfassen.

2. Investitionen in Bäume

Aus der Senatsantwort vom 5.5.20 auf die Kleine Anfrage der CDU-Bürgerschaftsfraktion „Zustand der Bäume in Bremen“ geht hervor, dass beim UBB alle Straßenbäume (ca. 70.000) sowie weitere ca. 80.000 Bäume in Grünanlagen, auf Kita- und Schulgrundstücken, Spiel- und Sportplätzen sowie in Kleingartenanlagen mit Stand 1.1.20 digital erfasst sind, der Baumbestand hier allerdings deutlich größer ist. Die Digitalisierung wurde seither sukzessive fortgesetzt und nähert sich mittlerweile mit über 130.000 Datensätzen (ohne Straßenbäume) der Vollständigkeit an. In Bremerhaven sind die 9.500 Straßenbäume und ca. 36.000 Bäume in Grünanlagen vollständig beim Gartenbauamt digitalisiert. Der Baumbestand in Verantwortung anderer Träger ist teilweise ebenfalls digital erfasst (z.B. bei der Gewoba). Viele Bremer und Bremerhavener Bäume haben unter den beiden letzten Hitzesommern stark gelitten. So stufte UBB Ende 2019 von seinem digital erfassten Bestand nur ca. 17% als gesund ein, dagegen aber ca. 28% als deutlich in der Vitalität geschädigt bis hin zu abgestorben. 55% der Bäume gelten als geschwächt. Die Verkehrssicherungskontrollen, das Entfernen von Totholz, Fällen und Nachpflanzen von Bäumen, die Bodenverbesserung in Pflanzbereichen sowie die Pflege von Jungbäumen und das Bewässern in Trockenperioden sind sehr arbeitsintensiv und kostenaufwendig. Einige dieser Aufgaben führen die städtische Grünbetriebe nicht selbst durch, sondern setzen dazu Fremdfirmen ein. Der Finanzbedarf für Baumkontrolle und Baumpflege steigt beständig an.

Ein bedeutsames Defizit beim Erhalt des Baumbestandes besteht darin, dass Auflagen zum Baumschutz im öffentlichen wie im privaten Raum oft nicht eingehalten werden und es nur unzureichende Kontrollen der behördlichen Auflagen gibt. Dies ist Ausdruck falscher Prioritätensetzung, denn der Erhalt des Baumbestandes muss stets Vorrang vor der Beseitigung eingetretener Schäden oder gar Neupflanzung bei Verlusten haben.

Um Rückstände aufzuholen und vorsorgend tätig werden zu können, ist eine Investition von 4 Mio. Euro in den Baumbestand Bremens und Bremerhavens sinnvoll und notwendig.

3. Investitionen ins Grün der Anlagen

Die Bremer und Bremerhavener Grünanlagen und Parks haben nicht nur eine hohe Bedeutung als Aufenthaltsräume, sondern tragen auch wesentlich zur innerstädtischen Biodiversität bei und erhöhen die Klima-Resilienz in den beiden Städten. Sie puffern Starkregen ab und wirken kühlend bei Hitze. Diese Funktionen müssen im Sinne der Klimaanpassungsstrategie des Landes Bremen und der Verpflichtungen zum Schutz der Artenvielfalt (z.B. die Anfang 2020 verabschiedete Strategie für die weitere ökologische Entwicklung der öffentlichen Grünflächen Bremerhavens) systematisch weiter gestärkt werden. Dazu zählt beispielsweise, Straßenbegleitgrün als Versickerungsbereiche anzulegen, Blühflächen zu schaffen durch Einbringung von Blumenzwiebeln (wie die Krokusse an der Franz-Schütte-Allee oder die vielfältigen Geophyten im Vegesacker Stadtgarten) und Aussaat geeigneter regionaler Saatgutmischungen in vorbereitete Blühstreifen. Dazu zählt aber auch Gewässer in den Grünanlagen und Parks zu sanieren (u.a. durch Entschlammung), den Strauchpflanzungen wieder mehr Beachtung zu schenken und in geeigneten, häufig randlichen Bereichen die Strauchdichten deutlich zu erhöhen und gute Übergänge aus dem Straßennetz in die Grünanlagen sowie innerhalb der Grünanlagen von begangenen zu unbegangenen Bereichen zu entwickeln. Dabei sind wichtige Wege- und Sichtbeziehungen zu erhalten oder zu ermöglichen, Angsträume zu vermeiden und die Beziehungen zwischen Grünflächen und den sich anschließenden öffentlichen Straßenfreiräumen für alle sicher und nutzbar zu gestalten. All dies stärkt die Attraktivität der Grünanlagen.

Hierfür sind Investitionen von 6 Mio. Euro vorzusehen.

4. Investitionen in Konzepte und Projektplanungen

Es braucht integrierte Konzepte für die Stadt von Morgen. Politik, Behörden, Fachämter und für das urbane Grün verantwortliche Akteure müssen miteinander im Gespräch sein, damit die unterschiedlichen Fachplanungen aufeinander abgestimmt und langfristige Ziele und Handlungsschwerpunkte der Bremer Stadtentwicklung definiert werden. Die Verzahnung von innerstädtischem Grün, umweltfreundlicher Mobilität und Stadtentwicklung bei Neubauvorhaben und im Bestand sollten systematisch konzeptionell vorgebracht werden. Dafür bieten sich u.a. eine planerische Betrachtung der Stadtteile Neustadt und Woltmershausen, das

Rennbahngelände mit dem weiteren Umfeld im Bremer Osten und in Bremerhaven der Bereich Neue Aue mit den umliegenden Quartieren an.

Einige wichtige Aspekte des städtischen Grüns bedürfen zunächst der planerischen und konzeptionellen Aufarbeitung, bevor Maßnahmenprogramme umgesetzt werden können. Hierzu zählen beispielsweise ein Konzept zum Altbaumschutz in Bremen, ein Konzept zur Sicherung und Entwicklung von Baumstandorten gegenüber dem innerstädtischen Parkdruck und standörtliche Vorschläge für die Verbesserung der Klimapufferfunktion im städtischen Grün. Um die Aufenthaltsqualität vieler Grünanlagen wieder zu verbessern, bedarf es einer ganzen Reihe von Projektplanungen. Solche Planungen und Konzepte stellen wiederum die Basis dar, um sich bei umsetzungsbezogenen Bundesförderungen zu bewerben.

Für diese Aufgaben schlagen wir eine verwaltungsexterne Koordination vor – beispielsweise in Form einer Beauftragung für eine Projektsteuerung Stadtgrün -, die in enger Abstimmung mit SKUMS und UBB zu schnellen Ergebnissen kommt.

Für Investitionen in Konzepte und Projektplanungen ist einen Investitionsbetrag von 5 Mio. Euro vorzusehen.

5. Investitionen in Ausrüstung

Die Unterhaltung des öffentlichen Grüns benötigt technische Ausrüstung. Die Umstellung des Fuhrparks von UBB und Gartenbauamt Bremerhaven auf Elektrofahrzeuge (PKW und Kleintransporter) und die Erweiterung des Bestands Akku-betriebener Maschinen kann einen wichtigen Beitrag zur klimaneutralen, aber auch lärm- und emissionsgeminderten Grünflächenpflege leisten. Neben der technischen Ausstattung bedarf es angepasster Wartungsmöglichkeiten, geeigneter Ladeinfrastruktur und der Schulung des entsprechenden Personals.

6. Steuerung und Koordinierung verbessern

Planung und Steuerung des städtischen Grünflächenmanagements müssen gestärkt werden. Die jahrelang vernachlässigte, weil personell nicht ausreichend besetzte Steuerungs- und Koordinierungskompetenz im Hause SKUMS sollte – etwa in Form einer Stabsstelle – aufgebaut und personell entsprechend ausgestattet werden.

Für die Umsetzung der mit dem Landschaftsprogramm und dem Flächennutzungsplan für die Grünschraffur-Flächen verbindlichen Grünordnungsplanung bedarf es zudem einer Koordination zwischen den Abteilungen von Stadtplanung und Naturschutz. Ein fachlicher Austausch mit den externen Büros, die bereits Erfahrungen mit Grünordnungsplänen in Bremen und Bremerhaven gesammelt haben, sollte

weitergeführt werden. Bei einem Investitionsprogramm in die öffentlichen Grünanlagen Bremens sollte die Federführung bei UBB liegen, in Bremerhaven beim Gartenbauamt. Dort findet sich die Kenntnis über die Bedarfe. Teilweise bestehen Rahmenverträge mit privaten Dienstleistern, um zusätzliche Investitionsmittel schnell aktivieren zu können. Die Einbeziehung von Unternehmen des Garten- und Landschaftsbaus und Planungsbüros aus den Bereichen Freiraumplanung, Gartenarchitektur und Landschaftsgestaltung ist für die Planung und Umsetzung von Maßnahmen und Projekten unerlässlich.

7. Investitionsfonds für nichtöffentliche Parks und Grünanlagen

Insbesondere Bürgerpark und Rhododendronpark mit Botanischem Garten haben einerseits einen hohen Pflegeaufwand - verschärft noch durch die letzten Hitzesommer - und steigende Kosten für Bestandserhalt, Geländepflege, ökologisch verträgliche Schädlingsabwehr (z.B. Andromeda-Netzwanze im Rhododendronpark) bei andererseits krisenbedingt eingebrochenen Einnahmen.

Um den sozialräumlichen und ökologischen Wert solcher grünen Oasen zu erhalten, schlagen wir einen landesweiten Investitionsfonds für nichtöffentliche Parks und Grünanlagen in Höhe von 5 Mio. Euro vor. Maßnahmen, die aus dem Fonds bezuschusst werden, müssen zur Stärkung der Biodiversität und Klima-Resilienz der Anlagen beitragen und sollen die Aufenthaltsqualität fördern.

8. Dialogforum Grün in der Stadt etablieren

Zur fachlichen Begleitung einer wirksamen Grün- und Freiraumentwicklung in Bremen und Bremerhaven wird ein Dialogforum „Grün in der Stadt“ eingerichtet, der sich aus relevanten Fachakteuren zusammensetzt. Das bereits erfolgreich erprobte Format Dialogforum sollte verstetigt und bei SKUMS auf Staatsratsebene mit festen Verantwortlichkeiten verankert werden, damit eine sinnvolle Einbindung in laufende Prozesse und verbindliche Verabredungen erreicht werden können. Dies ermöglicht, Maßnahmen zum Erhalt und zur Entwicklung des Stadtgrüns breit zu koordinieren und synergistisch umzusetzen. Vertreter*innen des Gartenbauamts Bremerhaven und ggf. weiterer Bremerhavener Institutionen sollten hinzugebeten werden.

9. Aus- und Weiterbildung

Die Ausrichtung des Grüns in der Stadt auf die steigenden Anforderungen an Aufenthaltsqualität für die Bremer und Bremerhavener Bevölkerung in Verbindung mit einer Stärkung der Biodiversität und Klima-Resilienz erfordert eine Qualifizierung des einzusetzenden Personals im öffentlichen wie im privaten Sektor. Dafür sollen

Schulungsmodule zur Ökologisierung der Grünpflege und Grünflächenanlage entwickelt werden, die von den städtischen Grünbetrieben, dem Verband Garten-, Landschafts- und Sportplatzbau Niedersachsen-Bremen e.V. und weiteren Akteuren (z.B. GEWOBA) gemeinsam genutzt werden. Auch in der Ausbildung müssen die ökologisch ausgerichteten Anteile erweitert werden. Der UBB benötigt darüber hinaus eine Ausbildungsinitiative, um das benötigte gärtnerische Fachpersonal zielgerichtet heranzubilden.

Zur Entwicklung der Qualifizierungsoffensive Stadtgrün sollten 200.000 Euro bereitgestellt werden.

Bremen, den 22.05.2020

Bündnis lebenswerte Stadt - grünes Bremen

